

# Vollgeld – voll gut?

Von Hans Baumann, Roland Herzog und Beat Ringger

Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie hat sich ausführlich mit der Vollgeld-Initiative befasst. Sie ist zu drei Schlüssen gekommen: (1) Die Diskussion über Geld- und Finanzpolitik ist wichtig, und es ist der Initiative zugute zu halten, dass sie diese Debatte belebt; (2) der konkrete Inhalt der Vollgeldinitiative verdient aus fortschrittlicher Sicht zwar nicht ungeteilte, wohl aber kritische Unterstützung; (3) die theoretische Fundierung des Vollgeldes weist hingegen etliche problematische, ideologische Komponenten auf.

**Nach 1973** ist der Finanzsektor stark dereguliert worden. Im heutigen Kapitalismus dominiert das Finanzkapital. Die Konsequenzen davon wurden in den verschiedenen Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte deutlich sichtbar. Seit der – noch nicht überwundenen – grossen Krise 2007/2008 wird weit herum akzeptiert, dass tiefgreifende Reformen notwendig sind. Ebenso verbreitet sind jedoch die Zweifel, ob die bislang in Angriff genommenen Reformschritte genügen. So zirkulieren denn auch verschiedenste Vorschläge zur Neugestaltung der Finanz- und Geldpolitik, die von der Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften für Banken bis hin zur Privatisierung der Währungen reichen. Das Spektrum der Themen ist breit: Re-Regulierung des Bankensektors, neue Formen von Geld (Welt- und Regionalgeld, Vollgeld, Kryptowährungen), Währungspolitik, Schuldenmanagement, Einflussnahme auf Wirtschaftskonjunktur und Investitionsentscheide,

Demokratisierung der Zentralbanken und des gesamten Finanzsektors. In diesen Kontext gehört die Vollgeld-Initiative, die am 1. Dezember 2015 vom Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) eingereicht worden ist. In seiner Botschaft vom 9.11.2016 beantragt der Bundesrat dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Das Geschäft kommt demnächst in die Räte, die ihre abschliessenden Entscheide spätestens in der Frühlingssession 2018 fällen werden.

### **Der Zahlungsverkehr als öffentlicher Dienst**

Was schlägt die Vollgeld-Initiative konkret vor? Ihr Kern besteht darin, nicht nur wie heute Münzen und Banknoten, sondern auch alles Zahlungsverkehrs-Buchgeld (z.B. Einträge auf Kontokorrentkonti, Lohnkonti, sogenannte Sichteinlagen) zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären und damit der Kontrolle der privaten Banken zu entziehen. Ende 2015 hielten

die Banken 365 Mia. Franken in ihren Bilanzen, die dem Zahlungsverkehr dienen (Bundesrätliche Botschaft 2016, S. 8495). Laut Initiative dürfen Banken diese Gelder künftig nur noch treuhänderisch verwalten, während sie heute von den Banken für ihre Geschäfte genutzt werden können (und deshalb auch in den Bankbilanzen aufgeführt werden).

Mit diesem Vorschlag würde ein zentrales Problem elegant entschärft. Gehen heute Banken bankrott, dann sind sämtliche Gelder auf allen Kontoarten der Bank blockiert. Trifft ein Bankrott eine Grossbank, dann könnte dies zu einem Zusammenbruch von weiten Teilen des Zahlungsverkehrs führen, weil UBS und CS einen beträchtlichen Teil des Zahlungsverkehrs in der Schweiz abwickeln. Eine Blockierung der entsprechenden Konti würde die Wirtschaft ins Schlingern bringen und eine tiefe Rezession auslösen. Dies müsste daher um (fast) jeden Preis verhindert

werden. Hier liegt jedoch eines der zentralen Probleme der sogenannten Too-Big-To-Fail-Problematik. Grossbanken – so die allgemein akzeptierte Forderung – sollten auf geordnete Art und Weise in Konkurs gehen können, ohne dass deswegen massive wirtschaftliche Einbrüche drohen. Mit der Annahme der Vollgeldinitiative wären sämtliche Gelder im Zahlungsverkehr auch im Fall eines Bankrottes weiterhin verfügbar und vor der Vernichtung durch einen Bankenkongress geschützt. Damit würde der Zahlungsverkehr zu einem öffentlichen Dienst, der der Kontrolle der Nationalbank, also einer öffentlichen Institution, untersteht. Das entspricht auch der Forderung der Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, die schon 2010 verlangt hat, der Zahlungsverkehr sei zu einem Service public umzubilden.

Gemäss der Initiative muss die Nationalbank die Geldmenge, die für den Zahlungsverkehr verfügbar ist, direkt steuern. Die Nationalbank passt sie regelmässig dem Bedarf an, indem sie zusätzlich benötigtes Geld (etwa im Umfang des Wirtschaftswachstums) schuldenfrei in Umlauf bringt. Die Initiative sieht dafür vor, dass die Neugelder direkt dem Bund, den Kantonen und/oder den BürgerInnen übergeben werden. Die InitiantInnen gehen von 3 bis 10 Mia. CHF aus, die so jährlich als neue Kaufkraft geschöpft würden. Heute wird die Bildung von neuem Buchgeld von den Geschäftsbanken durch die Vergabe von Krediten oder durch Eigengeschäfte ausgelöst. Es sind denn auch die Banken, die gegenwärtig von dieser Geldschöpfung profitieren. Bei ei-

ner Geldschöpfung durch die Nationalbank würde hingegen zusätzliche Kaufkraft generiert, die dem Staat respektive der Allgemeinheit zugutekommt. Das wäre ein grosser Fortschritt.

Anders als die Gelder im Zahlungsverkehr würden die Spargelder gemäss Initiative keinem neuen Regime unterworfen. Mit den Geldern auf Sparkonten können die Banken weiterhin Geschäfte tätigen. Bei einem Konkurs der Bank wären die Spargelder denn auch gefährdet: Je nachdem, wie viele Mittel noch vorhanden wären und nach welchen Regeln eine Bank abgewickelt würde, müssten die Spareinlagen ganz oder teilweise abgeschrieben werden. Wie heute wären Spargelder nur bis zu einem Betrag von hunderttausend Franken abgesichert.

Die Initiative enthält im Weiteren eine Reihe von Bestimmungen, die es ermöglichen, in die spekulativen Finanzmärkte einzugreifen. Der Bund soll neu eine Bewilligung und Beaufsichtigung der Finanzprodukte (wie zum Beispiel die strittigen Derivate) vorsehen. Eine solche Aufsicht ist wünschenswert, sind es doch gerade intransparente und unregulierte Finanzkonstrukte, die zu spekulativen Blasen beitragen und die Finanzmärkte unkontrollierbar machen. Weiter soll er Anforderungen an die Eigenmittel der Banken festlegen, den Eigenhandel begrenzen und die Aufsicht über die Banken verstärken. Die Nationalbank soll zudem künftig Mindesthaltedauern für Finanzanlagen festsetzen können (und damit z.B. die Spekulation im Subsekundentakt stoppen). In all diesen Punkten ist die Initiative aber nicht sehr konkret. Immerhin will sie in

diesen Belangen einen Verfassungsauftrag etablieren.

### Die ablehnende Haltung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt den Räten, die Initiative abzulehnen, und führt dafür folgende Hauptargumente an:

**1)** Kredite könnten verknappert werden, weil die Sichteinlagen nicht mehr Teil der Bankenbilanz wären und damit auch nicht mehr als Basis für Kreditvergaben dienen könnten. Diese Befürchtung ist wenig stichhaltig. Denn erstens sind grosse und mittlere Unternehmen in der Schweiz seit vielen Jahren überkapitalisiert. Kapitalmangel herrscht also allenfalls bei Start-ups oder gewerblichen Betrieben, was aber gerade dem heutigen Regime der Geschäftsbanken zuzuschreiben ist. Zweitens ermöglicht die Initiative der Nationalbank, den Geschäftsbanken Darlehen zu gewähren, damit sie bei Bedarf über genügend Mittel verfügen; sie könnte dies auch mit der Auflage verbinden, es seien damit vermehrt Kredite an KMU zu vergeben. Und drittens ist es eben gerade fragwürdig, wenn Banken hohe Kreditsummen bereitstellen, für die sie nur verhältnismässig geringe Sicherheiten bereitstellen müssen. Denn grosse Teile dieser Kredite werden für spekulative Finanzgeschäfte eingesetzt. Ein Beispiel: Gegenwärtig nehmen viele Konzerne Kredite in Milliardenhöhe auf, um die eigenen Aktien zurückzukaufen und damit den Aktienkurs künstlich in die Höhe zu treiben. Solche Finanzgeschäfte sind Gift für die Stabilität der Finanzmärkte.

**2)** Die Kontoführungskosten für Zahlungsverkehrskonten würden

laut Bundesrat verteuert. Die Banken könnten heute diese Kosten auffangen, weil sie die Sichteinlagen für das eigene Geschäft verwenden dürfen. Wenn dies nicht mehr der Fall sei, müssten sie ihre Kosten auf die KundInnen abwälzen. Wie wenig stichhaltig dieses Argument ist, zeigt ein Blick auf die Kontoführungskosten der Postfinance, deren Kreditgeschäfte gesetzlich stark beschränkt sind. Ihre Gebühren bewegen sich trotzdem durchwegs im Rahmen derjenigen der Banken.

**3)** Es schade der Stabilität und der Glaubwürdigkeit der Nationalbank, wenn sie Neugeld schuldenfrei schöpfen könne, ohne dafür Aktiven in ihre Bestände aufzunehmen, also ohne z.B. Gold oder Devisen kaufen zu müssen (wobei es den Bundesrat eigenartigerweise nicht stört, dass die Geschäftsbanken genau dieses Privileg besitzen). Zudem entstehe ein Druck auf die SNB, möglichst hohe Mengen an Neugeld in Umlauf zu setzen, wenn diese Gelder gratis an Bund und Kantone vergeben würden. Auch diese Argumente sind wenig glaubwürdig. Die Nationalbanken und die SNB im Besonderen haben seit der Finanzkrise von 2008 die Finanzmärkte mit gewaltigen Geldbeträgen geflutet, um einen Kollaps zu vermeiden; die SNB hat ihre Bestände zudem um Hunderte von Mia. CHF erhöht, um die Wechselkurse zu beeinflussen. Diese riesigen Bestände werden von manchen Seiten als erhebliches Risiko bewertet, weil ihr Wert in kurzer Zeit stark schwanken kann. Will die SNB diese Bestände verkaufen, um die Franken-Geldmenge zu reduzieren, muss sie unter Umständen mit hohen Verlusten

rechnen. Trotzdem ficht das die Stabilität der Nationalbank nicht an. Und was das Gratisgeld zuhanden der öffentlichen Hand angeht: Es ist zweifellos besser, wenn die Erhöhung der Geldmenge der Allgemeinheit zugutekommt statt – wie heute – den Privatbanken.

**4)** Die vorgeschlagene Reform wäre, so der Bundesrat, im internationalen Umfeld einmalig, was zu unwägbareren Risiken führe. Es ist allerdings nicht ersichtlich, worin diese Risiken bestehen sollten, schliesslich regelt die Initiative in erster Linie den inländischen Zahlungsverkehr. Die SNB verfügt zudem über eine Vielzahl von Steuerungsmitteln, um die Auswirkungen zu moderieren. Allenfalls müssten – wie z.B. in früheren Jahren praktiziert – auch Kapitalverkehrsbeschränkungen zur Anwendung kommen. Zudem könnte die Schweiz mit dieser Reform anderen Ländern wichtige Impulse für Stabilisierungsmassnahmen auf den Finanzmärkten liefern und so zur längst notwendigen Reduktion der Bankenmacht beitragen.

**5)** Die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Grossbanken würde beeinträchtigt, weil ihnen weniger Mittel für ihre Geschäftstätigkeit zur Verfügung stünden (Sichtgelder stellen für die Banken sehr günstiges Geld dar). Das würde möglicherweise (je nach der Umsetzung durch die Nationalbank) zutreffen. Allerdings wird eine Eindämmung der Grossbanken ja gerade zu Recht gefordert, damit das Too-Big-to-Fail-Risiko gemindert werden kann. Im Gegenzug hätte die Nationalbank erheblich mehr Einfluss. Sie könnte z.B. den Geschäftsbanken günstige

Darlehen gewähren mit der Auflage, dass damit Kredite für reale, nachhaltige unternehmerische Tätigkeiten und für öffentliche Dienste vergeben werden und nicht für spekulative Geschäfte. In einem Punkt ist dem Bundesrat recht zu geben: Die Initiative verhindert nicht, dass es weiterhin zu Finanzkrisen kommen kann. Dies räumen die InitiantInnen ebenfalls ein. Auch mit einem öffentlich regulierten Zahlungsverkehr können massenhaft fragwürdige Spekulationskredite vergeben oder zweifelhafte Finanzprodukte lanciert werden. Und selbstverständlich wird mit der Initiative die zunehmend ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die als einer der Haupttreiber der gegenwärtigen wirtschaftlichen Instabilitäten bezeichnet werden muss, nicht korrigiert. Im Weiteren könnte man kritisieren, die Initiative gehe von einem ununterbrochenen monetären Wirtschaftswachstum aus. Die Frage, was denn z.B. bei einer gewollten, aus Nachhaltigkeitsgründen demokratisch beschlossenen Schrumpfung des BIP zu tun wäre, d.h. wie dann die Nationalbank das Gesamtvolumen der Zahlungsmittel allenfalls verringern würde, bleibt im Raum stehen, ebenso die Frage, inwiefern Banken auf andere Währungen ausweichen und damit die neuen Bestimmungen umgehen könnten. Damit ist aber nur gesagt, dass die Umsetzung der Vollgeldinitiative eine Herausforderung bedeutet, und dass entsprechende Instrumente für die Umsetzung geschaffen werden müssen.

### **Fragwürdige Vollgeld-Ideologie**

Diskussionen über Geld gelten meist als schwierig, komplex

und eine Sache für ExpertInnen. In den gängigen Debatten äussern sich nur wenige Personen, und die vorherrschende Haltung ist neoliberal geprägt. Zwar gibt es relevante KritikerInnen, doch sie sind zu wenig bekannt und haben wenig Einfluss. Grundlagenwissen sowie vertiefte Diskussionen müssen deshalb breiter Fuss fassen, damit im demokratischen Diskurs tragfähige politische Perspektiven entwickelt werden können. Die Vollgeldinitiative regt die nötigen Diskussionen zweifellos beträchtlich an.

Auf der anderen Seite aber sind mit der Idee des Vollgeldes auch zahlreiche Fragezeichen verbunden. Die liberalisierte Finanzsphäre ist die Sphäre der Spekulation. Wegen der grossen Hebelwirkungen, die dabei erzeugt werden, weckt diese Sphäre Fantasien von beinahe magischer Macht. Ein Beispiel dafür waren die smarten Boys der neoliberalen Boom-Phase vor der Finanzkrise 2007/2008, die sich als Masters of the Universe gebärdeten. Ein anderes Beispiel ist die Geldpolitik. Wer die „richtige“ Geldpolitik kennt, meinte (und meint teilweise immer noch) Wunder bewirken zu können. Andererseits sind SpekulantInnen ein beliebtes Feindbild. So verständlich dies ist, so problematisch wird dies allerdings, wenn suggeriert wird, die Spekulation sei die Wurzel allen Übels. Genau so argumentiert allerdings ein Teil der Vollgeld-TheoretikerInnen: Für sie ist die private Geldschöpfung durch die Banken der Ursprung aller Wirtschaftsverwerfungen. Es braucht jetzt nur das Vollgeld, und die wesentlichen Probleme sind gelöst. Macht- und Ausbeutungsverhältnisse werden ebenso ausgeblendet wie die Logik

des Kapitalismus und die wachsende Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Viele der Vollgeld-TheoretikerInnen positionieren sich denn auch „mit beiden Beinen auf dem Boden des Kapitalismus“, so etwa Joseph Huber, der zu den Leitfiguren der Vollgeld-AnhängerInnen zählt.

Lösungen, die isoliert in der Finanzsphäre angesiedelt sind, werden oft auch als „Sachlösungen“ angeboten, die „weder links noch rechts“ situiert sein sollen. So auch die Vollgeld-InitiantInnen: Ihr Anliegen könne man im parteipolitischen Links-Rechts-Schema nicht einordnen (<http://www.vollgeld-initiative.ch/>, gelesen am 7.12.16). Damit wird eine technokratische Sicht auf die Welt propagiert, in der soziale und politische Gegensätze keine Rolle spielen. Entscheidend wird vielmehr, dass man an den richtigen soziotechnischen Stellschrauben dreht. Doch das ist Zauberstab-Politik. Es ist denn auch kein Zufall, dass die Initiative die Nationalbank weiterhin ausserhalb der demokratischen Kontrolle ansiedeln will: Ihre Führungsgremien sollen auch in Zukunft – einmal vom Bundesrat gewählt – formell niemandem verpflichtet sein. Eine demokratische Kontrolle der SNB-Politik wäre also weiterhin ausgeschlossen. Faktisch allerdings bliebe die SNB-Führung weiterhin eng mit den Interessen der Finanzmarktakteure verbandelt, und gerade das könnte eine wirksame Umsetzung der Bestimmungen der Vollgeldinitiative erheblich erschweren.

Zweifellos sind Macht und Spekulationsgebaren des Finanzkapitals überaus ernsthafte Probleme. Das von den Voll-

geld-Befürwortern ins Feld geführte Problem der Geldschöpfung durch private Banken war ein wichtiger Treiber neoliberaler Politik und hatte wesentlichen Anteil an der Finanzkrise von 2007/2008. Doch mittlerweile ist die private Geldschöpfung als Krisentreiber in den Hintergrund getreten und unter anderem durch die zwar kontrollierten und politisch gewollten, aber massiven Geldschöpfungen der Zentralbanken abgelöst worden. Seit 2008 fluten die Zentralbanken die Finanzmärkte mit gewaltigen Geldbeträgen, um sie am Funktionieren zu halten. Damit haben sie neue Probleme geschaffen (z.B. einen Überfluss an billigem Geld) und niemand weiss, wie man aus der neuen Zwangslage wieder herauskommen soll. : Seit Jahren suchen die Nationalbanken nach dem geeigneten Zeitpunkt, um ihre Zinsen wieder anzuheben, und seit Jahren verwerfen sie dies aus Angst, dadurch eine unkontrollierbare Wirtschaftskrise auszulösen. Doch auch wenn die Vollgeldinitiative die Instabilitäten der Finanzmärkte und der Wirtschaft nicht beseitigen wird, so schlägt sie doch konkrete Massnahmen vor, die wir für unterstützenswert halten. Der Zahlungsverkehr wird faktisch zu einem öffentlichen Dienst, der den Risiken der privaten Geschäftsbanken entzogen und somit sicherer wird. Die Schöpfung von neuem Geld soll ausschliesslich durch die Nationalbank erfolgen und statt den Banken direkt der Öffentlichkeit zugutekommen. Und eine Reihe von Kann-Bestimmungen schafft immerhin die Voraussetzung dafür, dass zumindest der schweizerische Finanzmarkt und seine Produkte stärker reguliert werden könnten als bisher. \*

## Literatur

- Altwater, Elmar (2012): **Freigeld, Vollgeld, Leergeld.** In: WOZ Nr 43/2012
- Busch, Ulrich (2016): **Vollgeld – Geld der Zukunft oder monetäres Experiment à la John Law?** In: Berliner Debatte Initial 27/2016
- Huber, Joseph (2009-2013): **Reform der Geldschöpfung.** Online-Broschüre [https://vollgeld.files.wordpress.com/2013/10/huber\\_broschuere\\_2013\\_online.pdf](https://vollgeld.files.wordpress.com/2013/10/huber_broschuere_2013_online.pdf)
- Kallenberger, Werner (2017): **Vollgeld-Initiative (VGI): das nächste Geld oder Krise?** Ein Diskussionsbeitrag. [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/wkallenberger\\_vollgeld-initiative\\_juli\\_17.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/wkallenberger_vollgeld-initiative_juli_17.pdf)
- Löpfe, Philipp (2015): **Vollgeld – oder der Versuch, den Kapitalismus vor sich selbst zu retten.** In: Widerspruch, Nr. 66, Zürich
- Niepelt, Dirk (2017): **Vollgeld, halb gut.** In: Ökonomenstimme, inkl. 114

Kommentare. <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2017/08/vollgeld-halb-gut/>

Schöchli, Hansueli (2017): **Wenn 300 Milliarden vom Himmel fallen.** NZZ 2.3.2017

Schweizerischer Bundesrat (9.11.2016): **Botschaft zur Volksinitiative „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeldinitiative)“** <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8475.pdf>

Ringer, Beat (2012): **Vollgeld-befürworter: Falsche Diagnose.** In: Denknetz-Jahrbuch 2012, Zürich

Sahr, Aron (2015): **Wären wir die besseren Banken? Zur Debatte über die Repolitisierung des Kreditgeldes.** In: Widerspruch Nr. 66, Zürich

Trepp, Gian (2012): **Zur Vollgeldinitiative: Geldreform oder Bankenreform?** In: Denknetz-Jahrbuch 2012, Zürich

Vollgeldinitiative (19.12.2016): **Stel-**

## lungnahme zur Botschaft des Bundesrates

[http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Stellungnahmen\\_deutsch/2016\\_12\\_19\\_Stellungnahme\\_zur\\_Bundesratsbotschaft\\_Vollgeld-Initiative.pdf](http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Stellungnahmen_deutsch/2016_12_19_Stellungnahme_zur_Bundesratsbotschaft_Vollgeld-Initiative.pdf)

Vollgeldinitiative (ohne Datum): **Erläuterungen zum Initiativtext** [http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Kampagne\\_deutsch/2014\\_06\\_03\\_Vollgeld-Initiative\\_Erlaeuterungen\\_zum\\_Initiativtext.pdf](http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Kampagne_deutsch/2014_06_03_Vollgeld-Initiative_Erlaeuterungen_zum_Initiativtext.pdf)

Vontobel, Werner (2015): **Vollgeld, voll daneben. Wir führen die falsche Debatte.** In Makroskope, <https://makroskop.eu/2015/10/vollgeld-voll-daneben-wir-fuehren-die-falsche-debatte/>

Wegelin, Yves (2014): **Wenn die Zentralbank alle Übel heilen soll. Besuch bei Joseph Huber, dem Vordenker der Vollgeldreform.** In: WOZ Nr 15/2014



**Ich werde Denknetz-Mitglied** und erhalte das aktuelle Jahrbuch als Willkommensgeschenk.\*



**Ich bin interessiert,** im Denknetz mitzuwirken. Nehmt mit mir Kontakt auf.



Bitte schickt mir  **Exemplare dieser Zeitung zum Verteilen.**

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Strasse

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Mailadresse (bitte deutlich schreiben)

Einsenden an: **Denknetz, Postfach, 8036 Zürich** oder ein E-Mail mit obigen Angaben senden an **info@denknetz.ch**

\* Der Mitglieder-Jahresbeitrag beim Denknetz beträgt CHF 100.- für Normal- und CHF 40.- für Gering-/Nichtverdienende. Denknetz-Mitglieder erhalten alle Denknetz-Bücher und alle weiteren Publikationen kostenlos nach Hause geschickt.